

Bio darf nicht braun sein

Im Ökoanbauverband Bioland sollen Rechtsextreme keine Wurzeln schlagen. Nach einer Satzungsänderung können sie nun ausgeschlossen werden.



Neue Satzung: Bioland will rechtsextreme Mitglieder aussortieren. Bild: dpa

MAINZ/FULDA *dpa/taz* | Der Ökoanbauverband Bioland hat den Kampf gegen Rechtsextremismus in seiner Satzung verankert. „Bioland ist kein neutraler Erzeugerverband, sondern eine Wertegemeinschaft. Rechtsextremes Gedankengut hat keine Chance“, sagte Bioland-Präsident Jan Plagge laut einer Mitteilung in Mainz vom Mittwoch.

Mit der Satzungsänderung präzisiert der Verband die Möglichkeiten, ein Mitglied auszuschließen oder Bauern entsprechender Gesinnung nicht aufzunehmen. Nach Erkenntnissen der Heinrich-Böll-Stiftung kaufen Rechtsextremisten vor allem in Mecklenburg-Vorpommern Land und Bauernhäuser, um dort Bio-Landwirtschaft zu betreiben.

Rechtsextremisten nutzen das vermeintlich dem grünen Spektrum zuzuordnende Thema Ökologie für ihr Weltbild und stellen unsere Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen, heißt es in einer Anfang des Jahres veröffentlichten *Studie*, über die *die taz berichtete*.

In der Studie findet sich auch ein Bericht über knapp 60 völkische Siedler in der mecklenburgischen Schweiz, die als Bio-Bauern in der Tradition rechter Siedlerbewegungen wie den 1924 gegründeten Artamanen auftreten. Diese verfolgten damals die Ziele, polnische Landarbeiter zu verdrängen und den eigenen Körper und Geist bei der Landarbeit zu trainieren.

In den letzten Monaten häuften sich Medienberichte über braune Tendenzen in der Bio-Landwirtschaft. Das weiß auch Bioland. Häufig werde das ökologische Prinzip der standortgebundenen Betriebsorganisation in die Nähe der rechtsgerichteten Blut-und-Boden-Ideologie gerückt. Gegen diese unzutreffende Verbindung verwehre sich Bioland.